

CAROLA VON BRAUN (F.D.P.)

Der lange Marsch zur Gleichberechtigung. Frauen und Männer sind gleichberechtigt, aber ...

Die Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre hat viel bewegt, aber inzwischen haben sich die Fundamente der deutschen und osteuropäischen Gesellschaften verschoben. Die negativen Folgen dieser Veränderungen gehen eindeutig zu Lasten der Frauen, in Osteuropa wie auch in Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern. Vieles, was vor 1989 in Ost und West selbstverständlich war, muß sich heute rechtfertigen.

Mehr denn je gilt nun: wo es um Einfluß, Macht und Geld geht, sind Frauen kaum vertreten. Das betrifft die Wirtschaft wie die Politik, betrifft die Kultur ebenso wie die Wissenschaft. Im folgenden soll dargestellt werden, welche frauenfördernden Maßnahmen aus der Sicht der F.D.P. ergriffen werden müssen, um Frauen und Männern gleiche Chancen zu eröffnen. Der zweite Teil soll beleuchten, wie Frauen sich in den politischen Dialog einschalten. Außerdem sollen die Haupthinderungsgründe dargestellt werden, weshalb sie es bisher in unzureichendem Maße tun.

I. FRAUENPOLITIK IN BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Geradezu empörend ist der mangelnde Fortschritt zur Gleichberechtigung im Wissenschaftsbereich. Viele hehre wissenschaftliche Erkenntnisse und dort lauthals geforderte gesellschaftliche Veränderungen werden – was Wunder! – selbstverständlich nicht umgesetzt, wenn sie zu Lasten von männlichen Erbhöfen gehen. Dies gilt wahrlich nicht nur für die Wissenschaft; aber dort besonders.

Der Anteil der Frauen an der Studentenschaft ist seit einiger Zeit bei 50% angelangt. Das hat bisher wenig Einfluß auf die Besetzung der Qualifikationsstellen im Mittelbau und noch weniger für die Besetzung von Professorenstellen gehabt. Nur jede 10. Habilitation wird von einer Frau verfaßt, und nur jede 20. Professur wird mit einer Frau besetzt.

Wie soll sich das auch ändern, solange in den Struktur- und Berufungs-

kommissionen keine Frau an der Entscheidung beteiligt ist und die Männer steif und fest behaupten, es gäbe keine entsprechend qualifizierten Frauen, die in die Gremien zu berufen wären. Kürzlich verkündete der Senat von Berlin die Erhöhung des Anteils von Frauen in der Struktur- und Berufungskommission an der Humboldt-Universität auf 15,7% (!) (April 92) als wichtigen Schritt. Allerdings gibt es in 6 der 25 Gremien nach wie vor keine Frau.¹

Um dem frauenfeindlichen Verhalten in der Wissenschaft etwas entgegenzusetzen, wurde 1988 das »Berliner Förderprogramm Frauenforschung« geschaffen, das feministische Forschung finanziert. Allerdings werden die mühsam erstrittenen 3,5 Mio DM inzwischen gekürzt und obendrein zwischen Ost und West in Berlin aufgeteilt.

Die Umbruchsituation an den Hochschulen hat zu einem noch härteren Verteilungskampf geführt. Das betrifft in ganz besonderer Weise Berlin, denn an keinem Ort in Deutschland prallen die Interessen von Ost und West so stark aufeinander. Die strukturellen Verschlechterungen durch Einsparungen im Wissenschaftsbereich treffen in starkem Maß die Frauen und ganz besonders die Frauen aus den neuen Bundesländern. Bedenkt man, daß die gesamte Lebensplanung der Frauen aus den neuen Bundesländern auf einer selbstverständlichen Verbindung von Arbeit und Familie basierte, kann man sich vorstellen, welche katastrophalen Folgen diese Entwicklung für die Frauen hat. Die Zurückdrängung der Frauen in das traditionelle Rollenbild der ökonomischen Abhängigkeit hat deshalb nach meiner Auffassung verheerende Langfristwirkung auf das Selbstbewußtsein der Frauen in den neuen Ländern und damit auf das Zusammenwachsen in Deutschland.

Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit ist erheblich höher als der Anteil der Männer, bei den Qualifizierungsmaßnahmen stellen sie den kleineren Teil. Das breite Netz zur Versorgung der Kinder ist nicht mehr selbstverständlich. Wissenschaftlerinnen aus den neuen Bundesländern haben auf frei ausgeschriebene Stellen deutlich weniger Chancen. Im Verdrängungsprozeß verliert Ost gegen West und verlieren Frauen gegen Männer. Die bisherige Praxis der Personalumstrukturierung an den Hochschulen der neuen Länder ging ebenso klar zu Lasten der Frauen. Die Unsicherheit und der Druck, eine Arbeitsstelle zu finden, führt bei den Frauen dazu, sich unterhalb ihrer Qualifikation oder nach einer ausbildungsfremden Beschäftigung umzusehen. Auf diese Weise gehen viele gut ausgebildete Frauen der Wissenschaft verloren. Es ist bereits

¹ Senat f. Wissenschaft u. Forschung, Drs. 12/1607.

heute zu übersehen, daß in einigen Jahren in verschiedenen Bereichen großer Bedarf entstehen wird. Dies ist kurzsichtiges Sparen am falschen Platz! Wenn heute das Potential an Wissenschaftlerinnen nicht gehalten wird, tritt eine Dequalifizierung der betroffenen Frauen ein, die so doppelte Kosten verursachen wird, weil sie zusätzlich einen Verdrängungseffekt nach unten verursacht. Bildungsausgaben sind staatliche Investitionen in die Zukunft, die Kontinuität verlangen. Wissenschaftlerinnen können nicht als stille Reserve benutzt werden, die bei Bedarf wieder hervorgeholt werden kann.

1. Schulen müssen mehr für die Gleichberechtigung tun

Bereits in der Schule muß die Erziehung zur Gleichberechtigung in stärkeren Maße gefördert werden. Althergebrachte Rollenbilder müssen kritisch beleuchtet und abgebaut werden. Eine wichtige Rolle spielt die Vorbereitung auf den Beruf und die eigentliche Berufsberatung. Solange junge Frauen Friseurin lernen oder Germanistik studieren, und junge Männer Automechaniker werden oder Informatik studieren, solange wird sich die eklatante Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern nicht grundlegend verändern.

Die Frage der Berufsplanung sollte stärker als bisher in die Lehrpläne einbezogen werden.

Überlegte Berufswahl bedeutet auch, daß die wirtschaftliche Perspektive der Berufsfelder aufgezeigt wird, und Mädchen deutlich gemacht wird, daß künftige Verdienstmöglichkeiten einen wichtigen Aspekt der Berufswahl darstellen.

Es sollte an den Schulen die Möglichkeit geboten werden, unterschiedliche Studiengänge kennenzulernen. Der Einblick in kommentierte Studienverzeichnisse und die Diskussion mit Studenten und Studentinnen böten eine gute Basis für die Wahl des Berufswegs. Noch besser wäre direkte Anschauung, die ermöglicht, in verschiedene Bereiche Einblick zu nehmen. Dabei könnten Mädchen auch stärker auf die technische und wirtschaftliche Studienausrichtung aufmerksam gemacht werden. Bisher existiert bei der Studienfachwahl die alte Geschlechterverteilung: bei Sport, Sprach- und Kulturwissenschaften stellen Frauen zwei Drittel der Studienanfänger, bei Ingenieurwissenschaften sind es ganze 12% Frauen.² Ebenso wichtig ist, daß Mädchen konsequent Lebensplanung betreiben, mehr als frühere Generationen von Frauen. Die Verteilung unbezahlter

² FU-Info Berlin, 1991.

Arbeit für und in der Familie durch Teilzeitarbeit oder durch Verzicht auf Erwerbsarbeit hat direkte Auswirkungen auf Einkommen und Altersabsicherung. Noch zu viele Mädchen und Frauen planen nur in Schritten: Heirat, Geburt der Kinder, Ende der Schul- und Ausbildungszeit. Sie beachten nicht, daß der Verzicht auf eigenes Erwerbseinkommen Ursache für lebenslange Abhängigkeit und Armut im Alter bedeuten kann.

2. Bildungs- und Wissenschaftspolitik stehen unter Zugzwang

Die Geschwindigkeit, mit der sich der Frauenanteil im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhöht, gleicht der einer Schnecke, so daß bestenfalls unsere Enkelinnen größere Fortschritte bemerken könnten. Entgegen dem Eindruck, den viele Pressemeldungen vermitteln, die immer wieder das Bild der Frauen auf dem Weg in die Vorstandsetagen beschwören und den »weiblichen Führungsstil« als Markenzeichen künftigen Managements rühmen, sieht es mit der bisherigen Umsetzung dürrtig aus.

Der Zwang zum Sparen an den Hochschulen behindert das Ziel, die Frauenförderung und Frauenforschung zu intensivieren. Besonders wichtig ist auch der Bereich der Geschlechterforschung, der sich mit dem Rollenverhalten von Männern und Frauen auseinandersetzt. Das Maßnahmenbündel, das von den Frauenbeauftragten der Universitäten gefordert wird, wie zusätzliche Mittel für Frauenforschung, erweitertes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen, ist nicht »kostenneutral« zu haben. Hinzu kommt in Berlin, daß eine ganze Reihe von Instituten im Ostteil der Stadt in ihrer Existenz gefährdet sind.

Ein besonderes Problem stellen die Berufungsvoraussetzungen für Fachhochschulen dar, die neben der wissenschaftlichen Qualifikation eine mindestens dreijährige berufliche Praxis außerhalb des Hochschulbereichs fordern. Erfahrungsgemäß verfügen die Bewerberinnen zwar über die wissenschaftliche Qualifikation, haben aber häufig nicht die geforderte Praxiserfahrung. Das trifft im übrigen auch auf die Kunsthochschulen zu.

Sinnvoll, und z. B. von der Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin auch gefordert, wäre eine Sonderklausel, die es Frauen ermöglicht, die Berufspraxis parallel zur Arbeit an der Hochschule in zwei bis drei Jahren nachzuholen. Diese Maßnahme könnte die frauentypischen berufsbiographischen Nachteile durch Geburt und Erziehung von Kindern in gewissem Maß ausgleichen, gleichzeitig wäre es auch ein Förderinstrument in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern, in denen die Frauen besonders stark unterrepräsentiert sind.

3. Rechte der Frauen in der Verfassung verankern

Welche Mittel sollen nun eingesetzt werden, um einen angemessenen Anteil von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu gewährleisten? Nach 40 Jahren Erfahrung mit dem Grundgesetz-Artikel 3, der da besagt »Männer und Frauen sind gleichberechtigt«, muß festgestellt werden: Verfassung und Realität sind weit voneinander entfernt.

Der öffentliche Dienst wird als Vorreiter für Frauenförderung angesehen. In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg und Berlin fungieren Gesetze, Verordnungen bzw. Richtlinien als Grundlage für die Frauenförderung. Die Landesantidiskriminierungsgesetze (LADG) werden inzwischen verfassungsrechtlich in Zweifel gezogen. Die Frage lautet: Darf zur Kompensation jahrhundertelanger Diskriminierung von Frauen heute ein einzelner Mann bei gleicher Eignung für eine Position zurückgewiesen werden?

Inzwischen werden Stimmen laut, die eine Festschreibung von Frauenrechten in der Verfassung fordern und den Staat für den Abbau der realen Diskriminierung verpflichten wollen. Aber ohne eine genaue Definition der Mittel wird das Ziel Gleichberechtigung in absehbarer Zeit nicht erreichbar sein.

In der F.D.P. findet die Forderung nach Quoten noch keine Mehrheit. Aber unter den liberalen Frauen wächst die Zahl, die ein Druckmittel für unverzichtbar hält, wie z. B. verpflichtende Zielvorgaben. Danach muß festgelegt werden, in welcher Zeit welche Frauenbeteiligung umgesetzt werden muß. In den USA gibt es eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes zugunsten von Zielvorgaben mit dem Argument, daß ein Quotensystem Menschen ausschließt, während Zielvorgaben sicherstellen, daß bislang ausgeschlossene Menschen berücksichtigt und integriert werden.³ Der Nachteil ist nur, daß Zielvorgaben immer eine eingeschränkte Verbindlichkeit haben und deshalb einen eingeschränkten Wirkungsgrad aufweisen.

4. Vaterlose Familie – mutterlose Gesellschaft?

Nach einer Untersuchung des Instituts für Soziologie an der Technischen Universität⁴ hatten Frauen in den neuen Bundesländern eine relativ starke

³ Britta Naumann, *Frauenforschung/Frauenstudien Research on Women/Women's Studies*, Frankfurt/M., 1989.

⁴ Sibylle Meyer/Eva Schulze, *Soziologisches Institut der Technischen Universität Berlin. Untersuchung über Frauen in den neuen Bundesländern*. Zit. nach: Berliner Morgenpost 7./ 8.6.92.

Position und fällt häufig wichtige Entscheidungen in den Familien. Die beiden Wissenschaftlerinnen sehen in der jahrzehntelangen wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen den Grund. Mit der hohen Arbeitslosigkeit von Frauen ist nun zu beobachten, daß die Frauen resignieren und in ihre traditionelle ökonomische Abhängigkeit vom Mann zurückkehren. Bisher ist leider noch nicht festzustellen, daß sie stärkeren Einfluß auf die frauenpolitische Entwicklung nehmen. Die dramatische Zunahme von arbeitsmarktbedingter Armut wird eher resignierend hingenommen. Der sich andeutende »Gebärstreik« der Frauen in den neuen Bundesländern ist eher als Beweis für Resignation anzusehen, denn als aktive Gegenwehr.

Um einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Verbindung von Familie und Beruf deutlich verbessert werden. Deshalb lautet eine wichtige Forderung der Liberalen: Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz. Die Einführung von Ganztagschulen, wie sie in vielen europäischen Ländern üblich sind, würde ebenfalls die Situation für die Berufstätigkeit von Frauen verbessern und die Verbindung von Beruf und Familie vereinfachen.

Deutlich mehr Teilzeitstellen und flexiblere Formen der Arbeitszeitgestaltung könnten Frauen und Männern helfen, Rollenfestlegungen zu durchbrechen. Nach wie vor wird Teilzeitarbeit als minderqualifizierte Arbeit angesehen, verbunden mit der direkten Folge mangelnder Aufstiegsmöglichkeiten. Arbeitsformen wie Job-Sharing und Teilzeitbeschäftigung auch bei Höherqualifizierten müssen in weit stärkerem Maß angeboten werden.

Die steuerliche Begünstigung der Hausfrauenehen (Ehegattensplitting) muß zugunsten von steuerlicher Begünstigung von Betreuungsarbeit für Kinder und ältere Menschen abgeschafft werden (Familiensplitting). Jedes vierte Kind wächst inzwischen mit einem alleinerziehenden Eltern teil auf, und das ist meistens die Mutter.

Die Gesetzgebung geht aber weiter von der vollständigen Familie aus. Ein großer Teil der Frauen ist auf ein eigenes Einkommen angewiesen; die Forderung nach gleichen Chancen und gleicher Entlohnung wurde bisher nicht erfüllt. Die Arbeitswelt hat sich noch nicht auf die doppelte Belastung von Alleinerziehenden eingestellt. Ergebnis: viele Alleinerziehende -meistens Frauen- hängen von der Sozialhilfe ab. Karrierewünsche von Frauen werden immer noch als Regelverletzung angesehen, in der Partnerschaft, in der Gesellschaft. Fazit: Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen für die Verbindung von Familie und Beruf noch nicht geschaffen.

Bisher gibt es zu wenig Zusammenarbeit zwischen Frauenpolitik, Frauenforschung, Frauenverbänden und Medien. Die unterschiedlichen Bereiche, die letztlich ein Ziel haben, müßten sich stärker miteinander vernetzen, um gemeinsame Strategien zu entwickeln.

II. MAN MUß DIE REGELN LERNEN, UM SIE ZU VERÄNDERN

Frauen sind nach wie vor in der Politik stark unterrepräsentiert. Die Strukturen in den Parteien und im Parlament sind sehr stark hierarchisch gegliedert und wettbewerbsorientiert: It's a men's world. Frauen haben in der Regel in ihrer Sozialisation offenen Wettbewerb eher vermieden, sie suchen Fehler eher bei sich als bei anderen und versuchen sich eher in den anderen hineinzusetzen, statt sich abzugrenzen. Dies alles ist in der Politik nicht gefragt, jedenfalls nicht dazu geeignet, Einfluß zu nehmen. Frauen bilden mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten und sind trotzdem im politischen Leben deutlich unterrepräsentiert. Die Interessen von Frauen können nur von Frauen wahrgenommen werden. Je mehr Frauen sich politisch engagieren, desto größer wird ihr Einfluß. Darüber hinaus ist es wichtig, daß die Männer als Mitstreiter gewonnen werden. Ein gutes Beispiel ist der § 218, der auch mit den Stimmen der Männer verändert worden ist. Sicher auch ein Beispiel dafür, daß hier einige Überzeugungsarbeit von Frauen geleistet worden ist.

1. Hindernisse für die angemessene Beteiligung von Frauen an der Politik

Viel wird darüber diskutiert, ob Frauen Macht anders ausüben als Männer. Bisher ist diese Frage nicht geklärt, weil Frauen in der Politik nach wie vor die Ausnahme darstellen. Die wenigen Frauen, die eine einflußreiche Position erkämpft haben, lernten die Spielregeln der Männer und wenden sie mit mehr oder weniger kritischer Distanz an.

Für viele Frauen ist Macht etwas, was sie ablehnen. Durch den Verzicht auf Macht wird nicht weniger Macht ausgeübt, es führt vielmehr dazu, daß andere die Macht ausüben, und das sind bisher in der Regel die Männer. Deshalb müssen Frauen in weit stärkerem Maße als bisher für sich Macht fordern und sie auch ausüben. Das beinhaltet für sie auch, mit Konflikten und Spannungen umzugehen und sich abzugrenzen. Frauen sollten Einfluß nehmen und ihr Machtpotential nutzen, aber es gibt eine Reihe von früh erlernten Verhaltensweisen, die sie daran hindern.

In der Politik tritt besonders gut zutage, in welcher vielfältigen Weise Macht demonstriert und ausgeübt wird. In jeder Gruppe von Frauen und

Männern wird deutlich: Männer halten in der Regel längere Redebeiträge und lassen sich auch nicht so leicht unterbrechen wie Frauen. Frauen haben in der Regel weniger Erfahrung im Gewinnen und Verlieren und gehen aus diesem Grund der Erfahrung aus dem Weg. Männer lernen bereits früh, sich dem Wettbewerb zu stellen, sie schätzen Herausforderungen und nehmen Kritik als etwas Vorübergehendes wahr, die sie persönlich nicht in Frage stellt.

Männer verfügen über ein breites berufliches Netzwerk, das sie bewußt für Arbeit und Politik zum Aufstieg einsetzen, Frauen pflegen dagegen eher ein emotionales Netzwerk, das weniger zweckgerichtet ist.

Frauen suchen häufig den Ausgleich, eine Fähigkeit, die sich mit dem notwendigen Durchsetzungsvermögen für die Politik schlecht verträgt. Hinzu kommt, daß eine stärkere Kompromißbereitschaft der Frauen von den Männern in der Regel nicht gewürdigt wird. Das Selbstdarstellungsbedürfnis, mit dem damit zusammenhängenden Imponiergehabe und Machtdemonstrationen ist Frauen eher fremd. Männer stellen eher Behauptungen auf, die sie mit aller Macht verteidigen, während Frauen sich bereits häufig in ihrer eigenen Aussage relativieren.

2. Erfolg muß Frau wollen

Frauen müssen stärker ihre Rechte einfordern. Das bedeutet gleichzeitig Verantwortung übernehmen, sich der Wahl stellen und sich Mißerfolgen aussetzen. Es bringt wenig, wenn sich Frauen abgrenzen und in ihrem eigenen Getto über ihre Ohnmacht reden, es sei denn, es handelt sich um einen ersten Schritt des Bewußtwerdens der Benachteiligung. Überaus wichtig ist die Idee der Netzwerke. *Hanna Arendt* beschreibt als wichtigste menschliche Fähigkeit, »sich mit anderen zusammenschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln«. Je mehr Frauen sich zusammenschließen und zur Übernahme von Verantwortung bekennen, desto mehr Einfluß werden sie gewinnen. »Das Risiko, im öffentlichen Raum zu scheitern, vermindere sich allerdings nach Meinung vieler proportional zu der Anzahl von Frauen an der Macht«.⁵ Männer geben nicht freiwillig ihre gewohnte Macht ab oder sind bereit, sie zu teilen. Deshalb ist es wichtig, daß Frauen sich gegenseitig unterstützen, besonders in Positionen, in denen sie so traditionellen Strukturen gegenüberstehen, wie es in der Politik der Fall ist.

⁵ *Birgit Meyer*, Frauen an die Macht!? Aus: Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Nr. 10/87.

Frauen sollen keine Sonderkonditionen eingeräumt werden, wohl aber ein gleichberechtigter Zugang zu allen Positionen, die es in dieser Gesellschaft gibt.

3. *Macht bedeutet Risiko*

Macht heißt, die Verantwortung zu übernehmen, die Wähler und Wählerinnen ihren Volksvertretern und -vertreterinnen übertragen, und es heißt auch, einen gesellschaftlichen Gestaltungsspielraum zur Zufriedenheit mit sich und der Welt zu nutzen. Es heißt, Mittel zur Verfügung zu haben, um etwas in Bewegung zu setzen. Es ist nicht Selbstzweck, sondern Aufgabe und Möglichkeit, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Die einzelnen Schritte dazu sind oft klein und mühsam, bieten aber auch Befriedigung.

Nach wie vor sind es dieselben sogenannten »weichen« Politikfelder, in denen Frauen vorrangig arbeiten: Jugend und Familie, Gesundheit, Soziales und Kultur. In diesen Bereichen können sich Frauen häufiger den »subjektiven Blick« erlauben und sind damit oft näher an der »Basis«, als es Männern in der Regel möglich ist.

Dieser »subjektive Blick« verleiht Frauen in vielen Fällen größere Glaubwürdigkeit. Sie zeigen, daß Politik nicht »gemacht«, sondern »gelebt« wird. Er ermöglicht es Frauen, die Verbindungen zwischen Familienleben und Arbeitsalltag beständig im Auge zu behalten, was der traditionellen Politik letztlich zugute kommt. Die Stärkung weiblicher Präsenz in der Politik könnte auch zur Aufwertung des sozialen Anteils gegenüber hierarchischer Umgangsweise beitragen.

Wirklicher Frauenmangel herrscht in den »harten« Politikfeldern, in denen es um die eigentlich gestaltende Macht und um Einfluß geht. In den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Inneres sind Frauen häufig noch zu zaghaft, den Männern als Konkurrentin die Macht »abzujagen«. Hier erscheint wichtig, daß die Entwicklung dahin geht, daß Frauen nicht für die »weibliche Sphäre« zuständig sind, sondern als politische Kraft darauf drängen, daß sich in *allem* etwas ändert.

4. *Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.*

In der F.D.P. wird die Forderung nach Frauen in Führungspositionen ernst genommen. Frauen, die gewillt sind, sich dem Wettbewerb auch durch Männer zu stellen und nicht auf eine spezielle »Frauenschutzzone« vertrauen, werden in ihren Ambitionen nicht als vermännlicht diffamiert, sondern weitgehend als Frau unterstützt und akzeptiert. Es ist zu hoffen,

daß es immer mehr Frauen gibt, die ihre Beteiligung an den Entscheidungsprozessen einfordern.

Vor einigen Jahren sind Frauenförderpläne in der F.D.P. erarbeitet worden, die bewußt ein Zeichen für ein verändertes Rollenbild setzen sollten, die allerdings nur sehr langsam greifen. Als Erfolg innerparteilicher Frauenpolitik ist zu verbuchen, daß sich die »Liberalen Frauen« 1991 gegründet haben. Als eigenständige Organisation werden von ihnen Impulse für neue Wege in der Frauenpolitik erwartet, die außerhalb der eingefahrenen Parteischiene liegen. Hier ist zumindest Raum für Utopien und kritische Distanz zu der konventionellen Parteienhierarchie.

Auf den Punkt gebracht: für die F.D.P. muß der Entscheidungszwang zwischen Familie und Beruf zugunsten einer Vereinbarkeit beider Bereiche aufgehoben werden. Dafür hat die F.D.P. den Abbau von Beschäftigungshemmnissen durchgesetzt, Programme zur beruflichen Wiedereingliederung entwickelt und eine Offensive für Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst vereinbart. Zu der Flexibilisierung der Arbeitszeit gehören auch die Forderungen nach familienfreundlichen Rahmenbedingungen wie der Einrichtung von Ganztagschulen und steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen.

Es bleibt noch viel zu tun auf dem Weg zu der Gesellschaft, in der Männer und Frauen tatsächlich gleichberechtigt sind. Wir müssen uns nur vorsehen, daß vor lauter Beschwörungen vom Fortschritt in diese Richtung und der Einrichtung von »Spielwiesen« für Frauen, die sich als Sackgassen erweisen, nicht vom Wesentlichen abgelenkt wird: der tatsächlichen Angleichung der Chancen von Männern und Frauen.

Carola von Braun ist Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Vorsitzende des Landesverbands der F.D.P. Berlin.